Herforder Zeitung

für Stadt und Land

Bezugspreis 700.00 Mk. monatlich. Bei Postbezug 700.80 Mk. u. Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kuhle Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 53 Postscheckkonto Nr. 5290 Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis 18.00 Mk. die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford. Reklamen die Zeile 40.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 10. Herford, Freitag, den 12. Januar 1923 41. Jahrgang.

Aufruf der Reichsregierung.

Sonntag nationaler Trauertag — Keine Reparationskohle mehr.

Berlin, 11. Jan. Ein neuer Gewaltstreich ist auf uns herniedergegangen. Mit wohlberechneter Wucht trifft der Schlag der französischen Faust den unbeschützten Lebenspunkt der deutschen Wirtschaft. Längst vorhergesehen und unerwartet. Vorhergesehen: Denn die Pläne und Wünsche der Pariser Gewaltpolitik sind ohne Scheu auf Gassen und Märkten erörtert worden. Unerwartet: Denn immer blieb die Hoffnung, daß die wirtschaftliche Vernunft des französischen Volkes die politische Begehrlichkeit seiner Machthaber zügeln würde. Hat wirklich der Glaube geherrscht, daß den französischen Nöten durch Zertrümmerung des deutschen Arbeiterzentrums abzuhelfen wäre, so müssen schwere Enttäuschungen folgen. Gegen den Rat der Fachmänner und aller Welt will Frankreich das Problem wagen. Daß es bei dem Versuch scheitern muß, ist unsere Ueberzeugung. Uns fehlt die Macht,

diese Tat der Verblendung,

die sich gegen Deutschland wie gegen die gesamte Wirtschaft richtet, aus eigener Kraft zu verhindern. Wir haben alles versucht, um das Unheil abzuwenden. Das Unheil zu mildern und abzuschwächen, wird unsere Hoffnung sein. Dabei leiten uns die Würde und das Recht der Nation, mit der wir uns eins fühlen auch in der Kraft des sittlichen Willens. Alle Herzen erfüllt die Bitterkeit dieser Stunde ungeheuer, wo über weite Teile des Vaterlandes das Schicksal hereinbricht, die Leiden der Fremdherrschaft ertragen zu müssen. Unerwartete Schwierigkeiten für unser sorgenbedrängtes Volk wird der

Einbruch in die Hauptstätte unserer Arbeit

im Gefolge haben. Um so dringender aber ergeht der Ruf an alle Volksgenossen, erschwert nicht das Los der am härtesten betroffenen Landsleute, erfüllt aufrichtigen Sinnes und klaren Kopfes die Forderung des Tages. Keine Handlung darf geschehen, die unsere gesamte Nation schädigt. Schwerste Schuld am eigenen Volke würde sich der aufladen, der sich hinreißen ließe, durch eine unüberlegte Tat den Gegnern in die Hände zu arbeiten. Von der Arbeit jedes einzelnen hängt Wohl und Wehe des gesamten Staates ab. Jetzt mehr als jemals leuchtet uns das Beispiel der Würde und moralischen Kraft voran, das die Rheinländer in Jahren des Leidens gegeben haben. Den treuen westländischen Brüdern gilt jetzt vor allem unser Gruß. Wir werden die eichenfeste Zugehörigkeit bewahren, die euer altes Erbteil ist! Ihr, die kein Sturm der Weltgeschichte jemals entwurzelt hat, Ihr seid die Zeugen, wie Frieden und Recht von neuem gebrochen werden! Mit Euch erheben wir Protest vor der Welt gegen den

Bruch des Vertrages

und gegen den schweren Bruch des sittlichen Rechtes unseres Volkes, gegen Leben, Bestand und Selbstbestimmung. Eine schwere Zeit tritt ein, und schwer noch wiegen die Jahre, die wir seit dem Kriege durchlebten. Wie lange die Bedrückung dauern wird, vermag niemand zu sagen; nur das wissen wir, daß die Not gesteigert wird und verlängert wird, wenn Volk und Staat ihr nicht in untrennbarer Einheit begegnen. Aber das auch wissen und hoffen wir, daß festes Zusammenstehen des ganzen Volkes sie kürzen wird. Dazu wollen wir uns die Hände reichen und die Herzen stärker machen. In Stadt und Land laßt uns den nächsten Sonntag unter allen Folgen äußeren Druckes der inneren Erholung widmen und überall in allen deutschen Gauen, in Haus und Hütte, unseres Vaterlandes gedenken, seiner Leiden und seiner Rettung.

Berlin, den 11. Januar 1923.

Reichspräsident Ebert.

Die Reichsregierung.

*

Der amtliche preußische Pressedienst macht folgendes bekannt:

Der schwere Rechtsbruch, den Frankreich unter Mißachtung des Friedensvertrages durch die widerrechtliche Besetzung friedlichen Gebietes im Westen unseres bedrängten Vaterlandes begangen hat, erfüllt das ganze deutsche Volk mit Empörung und tiefster Trauer. Der Ernst der durch die Besetzung geschaffenen Lage bedarf keiner näheren Darlegung. Um den Gefühlen, die die gesamte Bevölkerung bewegen, auch nach außen in würdiger Weise Ausdruck zu verleihen, hat die Reichs- und Staatsregierung beschlossen, den kommenden Sonntag, 14. Januar, als nationalen Trauertag allgemein zu begehen. Zu diesem Zwecke wird folgendes angeordnet: Alle staatlichen und kommunalen Dienstgebäude haben an genanntem Tage in den Reichs- und Landesfarben halbmast zu flaggen. Theateraufführungen sowie Vorführungen von Lichtbildern und Lichtspielen haben zu unterbleiben, sofern nicht der ernste Charakter der Veranstaltung gewahrt ist. Verboten sind alle öffentlichen Tanzveranstaltungen, Ball und Lustbarkeiten. Die Verlängerung der Polizeistunde am genannten Tage ist ausnahmslos ausgeschlossen.

Berlin, 11. Januar 1923.

Namens des preußischen Staatsministeriums der Minister des Innern.

gez. Severing.

*

Essen, 11. Jan. Vom Reichskohlenkommissar wird folgende amtliche Mitteilung gemacht: Nachdem Frankreich und Belgien mit militärischer Gewalt in das bisher unbesetzte Gebiet eingedrungen sind, ist Deutschland nicht mehr in der Lage, Reparationskohle an diese Länder zu liefern. Das Deutsche Reich leistet für Kohle, die an diese Staaten zu Reparationszwecken geliefert oder von ihnen beschlagnahmt sind, keine Zahlung mehr, auch nicht für die Transportkosten solcher Kohle auf dem Bahn- oder Wasserwege. Soweit die bisher für Reparationszwecke gelieferten Kohlen für die Eisenbahn geeignet sind, sind sie an die Eisenbahn abzuführen, Gaskohlen an die Gasanstalten, Elektrizitätskohlen an die Elektrizitätswerke, Hausbrandkohlen sind dem Hausbrand zuzuführen. Gas-, Elektrizitäts- und Hausbrandkohlen sind in erster Linie nach Süddeutschland und in das unbesetzte Gebiet zu schicken, damit die eingelaufenen Abfuhrwege annähernd im bisherigen Umfange ausgelastet werden.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist die Lieferung der Reparationskohle Donnerstag früh eingestellt worden.

Das Neueste vom Tage

Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärte im Steuerausschuß des Reichstags, daß der Reichsetat einen Fehlbetrag von mindestens 1,2 bis 1,4 Billionen aufweisen werde.

Die Spitzenorganisationen aller Richtungen haben beschlossen, am Montag überall durch eine kurze Arbeitsruhe gegen Poincares Gewaltakt zu protestieren.

Das Reichskabinett stimmte gestern der Vorlage über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten des Reiches gemäß dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen zu.

Die großen Bank-, Genossenschafts- und Kreditanstalten-Verbände haben der Reichsregierung, dem Reichsrat, dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat eine gemeinschaftliche Erklärung zugehen lassen, in der sie die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses und die Aufhebung des Depotzwanges fordern. Sie begründen ihren Antrag damit, daß durch diese Maßnahmen die Kapitalflucht nur verschärft worden sei und daß die Banken das Vertrauen ihrer Kunden verloren hätten. Sie erklären weiter, daß sie in ihrer Stellungnahme mit dem Reichsbankdirektorium völlig einig seien.

Der deutsche Reichskriegerbund hat eine Kundgebung erlassen, in welcher er erklärt, einmütig hinter den Richtlinien der Reichsregierung zu stehen, um den französischen Uebermut mit Kaltblütigkeit und Würde zu tragen.

Bei einem Wohltätigkeitsfest der brasilianischen Gesellschaft der Freunde deutscher Kultur wurden 10 Millionen Mark zum Besten deutscher Kinder gesammelt.

Die französische Kammer hat mit 478 gegen 30 Stimmen die vorliegenden Interpellationen über die Ruhrbesetzung auf den ersten Freitag im Februar verlegt.

Kurse:

Gestern: Dollar 10 423,87.
Gulden 4119,67.

Heute: Dollar 10600.00
Gulden 4300,00

Der „Siegesmarsch" der Franzosen.

Mit Panzerwagen und Maschinengewehren.

Essen, 11. Jan. Heute nachmittag um 1,35 Uhr rückte eine französische Kolonne mit vier Panzerautomobilen, die mit Maschinengewehren gespickt waren, in das Stadtinnere ein. Das Zentrum der Stadt ist damit ebenfalls besetzt. Nach dem Einrücken der französischen Streitkräfte wurde auf einige Zeit der Fernsprechverkehr unterbunden.

An dem Standort eines der Panzerautomobile in Bredeney befand sich eine große Blutlache. Woher diese herrührt, konnte nicht festgestellt werden.

Heute früh hat französische Kavallerie und Infanterie mit Panzerwagen die Grenzen des besetzten Gebietes bis Kettwig überschritten und im Anmarsch die Vororte Essens besetzt. Annähernd sechs bis sieben Schwadronen Kavallerie und mehrere berittene Maschinengewehrabteilungen und auch Artillerie und Infanterie haben bis jetzt im Süden Essen-Bredeney erreicht. Die Kavallerie ist östlich nach Essen-Nellinghausen abgebogen und hat dort in der Frank- und Graf Spee-Straße einige Schulgebäude belegt. Fünf Panzerautos haben an der Wegkreuzung Nellinghausen-Kettwig Stellung genommen. Die Straße von Kettwig nach Bredeney ist von Lastautos und Abteilungen der verschiedensten Truppengattungen überfüllt. Die Bagage befindet sich noch weiter zurück, zum großen Teil noch in Werden. Die anziehenden Truppen kommen zum großen Teil aus der Pfalz, teilweise sind es frische Truppen.

Das Zollamt von Bochum ist verlegt worden. Der Deutsche Ammoniakverband hat, dem Beispiele des Kohlensyndikats folgend, seine Bochumer Büros geräumt.

Die Vorhuten der französischen Besatzungstruppen sind in Hattingen eingetroffen.

Von anderer Seite wird gemeldet: Die französischen Truppen, die heute morgen das besetzte Gebiet von Duisburg und Düsseldorf überschritten hatten, begannen bereits nach 9 Uhr das Gebiet von Essen kriegsgemäß zu umzingeln. Es nahmen Truppen aller Waffengattungen daran teil. Kurz vor Mittag hielten die Truppen in den südlichen Vorstädten von Essen. Die Spitze der einmarschierenden Truppen war durch eine große Zahl von Panzerautos und Maschinengewehren „gesichert". Alle Truppen sind feldmarschmäßig ausgerüstet, und es fällt auf, daß die Zahl der Offiziere verhältnismäßig sehr groß ist. Auch eine Reihe von französischen Zivilpersonen ist in Militärautos angelangt. Die Gesamtzahl der Truppen, die in Essen eingerückt sind, wird auf 8000 bis 10 000 Mann geschätzt. Ob auch ein Vormarsch auf Bochum erfolgt, ließ sich zur Stunde noch nicht feststellen.

Die Bevölkerung hat sich bei dem Einmarsch der Truppen vollständig ruhig verhalten, und es ist zu keinerlei Zwischenfällen gekommen. Die meisten Geschäfte hatten die Rolläden herabgelassen, und der größte Teil der Häuser zeigte verhängte Fenster. Die Straßen waren völlig menschenleer.

Französischer „Siegesbericht".

Paris, 11. Jan. Das französische Kriegsministerium veröffentlicht folgende Note: Gemäß den Befehlen der Regierung schoben sich die französischen Truppen, die den Beständen der französischen Rheinarmee entnommen wurden, heute in der allgemeinen Richtung auf Essen vor, um die Einsetzung der Kontrollkommission im Ruhrgebiet zu schützen. Gemäß den Instruktionen, die ihnen erteilt wurden, stehen sie um 3 Uhr auf folgender Linie: Brockhausen eingeschlossen, Gelsenkirchen ausgeschlossen, Essen eingeschlossen, Werden eingeschlossen, Rathingen eingeschlossen. Sie bestehen im einzelnen aus französischen Truppenkörpern in Stärke von 2 Infanterie- und 1 Kavalleriedivision. General Hennys, Kommandant des 31. Armeekorps, kommandiert die Operationen unter Oberleitung des Generals Degoutte. Die beiden Infanteriedivisionen werden von den Generalen Fournier und Laiguelot, die Kavalleriedivision von dem General Rampont kommandiert. Eine belgische Abteilung begleitet die französischen Truppen. Truppeneinheiten, die aus den Grenzgebieten stammen, sollen zur französischen Rheinarmee transportiert werden, um dort die Reserven zu verstärken und die Truppen in ihren Garnisonen zu ergänzen, die ins Ruhrgebiet entsandt worden sind.

Vorläufig 2 Divisoen.

wtb. **Essen**, 11. Jan. Die Regierung in Düsseldorf hat vom General Denvines einen Befehl erhalten, des Inhalts, daß heute 2 Divisionen der Rheinarmee das nachbezeichnete Gebiet besetzen: 1. Division: Oberhausen, Landkreis Essen zum Teil, Landkreis Recklinghausen zum Teil, Landkreis Dinslaken; Divisionsstabquartier in Alten-Essen. — 2. Division: Stadt Mülheim, Stadt Essen und einen Teil des Landkreises Essen eventl., Kreis Mettmann; Divisionsstabquartier in Werden.

Die ersten Anordnungen der Gewalthaber.

wtb. **Essen**, 11. Jan. Der französische kommandierende General hat eine Verordnung anschlagen lassen, die in der

Hauptsache besagt, daß in dem neubesetzten Gebiet der Belagerungszustand verhängt wird. Die Presse darf ohne Zensur weiter erscheinen, doch werden Verfehlungen gegen die Besatzungstruppen geahndet. Die deutsche Polizei bleibt bis auf weiteres unbehindert bestehen. Der Verkehr auf der Eisenbahn und den Straßen erleidet weder bei Tag noch bei Nacht Einschränkungen. Waffen und Munition sind an die Gemeindebehörde abzuliefern.

In Amerika.

Aerger und Abscheu gegen Frankreich.

wtb. London, 11. Jan. Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein und die Abberufung des deutschen Gesandten in Brüssel erregen großes Aufsehen. Der Washingtoner Berichterstatter der Times schreibt, in einer Pressekonferenz sei bekanntgegeben worden, daß der Wortlaut der Rede Boydens in der Reparationskommission dem Staatsdepartment vorliege und daß keinerlei Versuch gemacht worden sei, zum Ausdruck zu bringen, daß diese Rede in irgend einem Punkt die Ansichten der amerikanischen Regierung falsch darstelle. Es könne daher mit Gewißheit mitgeteilt werden, daß die amerikanische Regierung heute der Ansicht ist, daß der Vertrag von Versailles in seiner augenblicklichen Gestalt undurchführbar und daß seine Abänderung eine Bedingung der wirksamen Wiederherstellung Europas ist. Diese Tatsache und der plötzlich gefaßte Beschluß, die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückzuziehen, könnten die Leute nicht überraschen, die das schnelle Auseinandertreiben Amerikas und Frankreichs in den Fragen der Weltpolitik beobachtet hätten und müßten als äußere und sichtbare Zeichen angesehen werden, für den Aerger und Abscheu — diese Worte seien nicht zu stark —, mit der die französische Aktion in Amerika betrachtet werde. Die amerikanische Regierung habe außerdem besonderen Wert darauf gelegt, es klar zu machen, daß Frankreich während der ganzen Zeit in voller Kenntnis der Haltung der Vereinigten Staaten gehandelt habe. Dem Berichterstatter der Times zufolge kann kein Zweifel daran herrschen, daß die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein im gegenwärtigen Zeitpunkt in ganz Amerika gebilligt wird, da die von Frankreich getanen Schritte seine Absicht gezeigt hätten, das reichste Gebiet Deutschlands zu besetzen, und, wie in Amerika geglaubt werde, das Risiko eines neuen Brandes in Europa heraufzubeschwören. Der Ton der Bezugnahme auf den traditionellen Freund der Vereinigten Staaten sei immer bitterer geworden. Die Washington Post bezeichne offen als Triebfeder für die französische Aktion Haß und Habgier. Das eine sei sicher, daß die amerikanische und die französische Regierung rasch in eine Lage trieben, in der jedes wirksame Zusammenarbeiten für lange Zeit unmöglich sein werde.

Einer Reutermeldung aus Washington zufolge wird in vielen Kreisen der unmittelbare Schluß gezogen, daß die Zurückziehung der amerikanischen Truppen als Protest ausgelegt werden muß. Es werde jetzt berichtet, daß Hardings Befehl auf die Mitteilung von Seiten Frankreichs gefolgt sei, daß es beabsichtige, mit der Besetzung des Ruhrgebiets vorzugehen trotz der definitiven Kenntnis, daß die Zurückziehung der amerikanischen Truppen für diesen Fall befohlen werden sollte.

Ein engl.-amerikanischer Block?

London, 11. Jan. Der Senator Borah nennt das französische Vorgehen in einer Depesche an die Daily News „absolut brutal und verrückt", und der amerikanische Beobachter erklärte gestern in der Sitzung des Wiederherstellungsausschusses: An den deutschen Verfehlungen sei die Unmöglichkeit des Versailler Vertrages schuld.

Die überwiegende Mehrheit des britischen Volkes teilt die Ansicht, die sich in diesen amerikanischen Aeußerungen ausdrückt und wünscht deshalb nichts sehnlicher, als daß auf dieser Grundlage gleicher Auffassung ein englisch-amerikanischer Block zur Niederhaltung des französischen Militarismus sich bilden werde.

Von diesem Gesichtspunkte aus verdienen die Washingtoner Meldungen die größte Beachtung, die auf eine schnelle Beseitigung des bisherigen Haupthindernisses für ein englisch-amerikanisches Zusammengehen hinarbeiten. Der Präsident hat öffentlich anerkannt, daß eine Fundierung der britischen Schuld auf der Grundlage unmöglich ist, die der Kongreß kürzlich festlegte, und die amerikanischen Unterhändler ermächtigt, auf einer breiteren Grundlage zu unterhandeln. Unter diesen Umständen wird ein günstiger Abschluß der Washingtoner Verhandlungen in wenigen Tagen erwartet, worauf dann Harding das Resultat dem Kongreß zur Genehmigung unterbreiten wird mit dem gleichzeitigen Ersuchen, die nötigen Abänderungen an dem Gesetz vorzunehmen, das bekanntlich eine viereinhalbprozentige Verzinsung und Abzahlung innerhalb von 25 Jahren als die mildeste Bedingung festlegte, unter denen die europäischen Schulden an Amerika fundiert werden könnten.

Der Umriß der französischen Maßregeln, die der französische Botschafter in London auf Grund telegraphischer Instruktionen gestern abend im Foreign Office mitteilte, hat sicherlich einen schlechten Eindruck gemacht, und die Sprache der halbamtlichen Presse ist wieder recht ernst. Es liest sich wie eine Antwort auf diese Andeutungen des Botschafters, wenn die Times heute kategorisch erklärt: Jede Billigung der französischen Aktion ist ganz ausgeschlossen, wir können nur beiseite stehen und warten, und es kann nicht in Frage kommen, daß wir die französische Aktion in irgend einer Form auch nur durch die leiseste Geste billigen oder unterstützen.

Kriegsrecht in Paris.

Paris, 11. Jan. Das lokale Ereignis von Paris war gestern die Verhaftung von sechs kommunistischen Führern, gegen die eine Untersuchung wegen „eines Komplottes gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates" eröffnet wurde. Ferner soll die Aufhebung der parlamentarischen Unverletzlichkeit des kommunistischen Abgeordneten Marcel Cachin beantragt werden, damit auch seine Verhaftung erfolgen kann. Die kommunistischen Führer werden beschuldigt, Kundgebungen gegen die Aktion im Ruhrgebiet vorbereitet zu haben. Drei von ihnen wurden aus dem Schnellzug Köln—Paris heraus bei ihrer Rückkehr von der Essener Tagung auf der Station St. Quentin festgenommen.

Die „Journee industrielle" bespricht die Lage in Frankreich sehr offen in ihrem heutigen Leitartikel. Sie führt aus, Regierung und Parlament müßten sich darüber klar werden, daß das französische Volk trotz des Prestiges, das Poincare genießt, nicht mehr bereit ist, unbegrenzte Geduld zu zeigen. Poincare könne für die Aktion im Ruhrgebiet auf die nationale Zustimmung rechnen, die in Frankreich stets einem Staatsmanne zuteil wird, der die volle Verantwortung für sein Handeln auf sich nimmt. Aber das französische Volk erwartet, daß diese Aktion entsprechende Erzebnisse haben wird. Es wurde eine demoralisierende Wirkung in Frankreich ausüben, wenn die Aktion im Ruhrgebiet sich als eine leere Geste darstellt. Die Regierung müsse deshalb daran denken, wie die Lage in zwei Monaten aussehen werde. Die Aktion im Ruhrgebiet werde nur dann als berechtigt anerkannt werden, wenn sie den Zustand, unter dem Frankreich seit drei Jahren leidet, von Grund auf ändere. Das Blatt begründet seine Meinung durch den Hinweis auf die vom Finanzministerium beantragte Erhöhung aller Steuern um 20 Prozent und bemerkt dazu, die Tatsache, daß die Regierung nach soviel Reparationskonferenzen keine andere Lösung des Defizitproblems zu bieten habe als die Erhöhung der ohnedies allzu drückenden Steuern, habe auf das französische Publikum einen niederschmetternden Eindruck gemacht.

Litauische Räuberpolitik.

Es ist für den Augenblick noch nicht möglich, festzustellen, was eigentlich hinter dem litauischen Banditeneinfall ins Memelgebiet steckt. Ob es eine Ausgeburt des Fascismus ist oder einfach eine von Frankreich genährte und angestiftete litauische Raubritterpolitik. Man wird um so mehr zu der letzteren Annahme neigen, als an dem Putsch reguläres litauisches Militär beteiligt ist. Eine Erklärung der litauischen Gesandtschaft in Berlin redet um die Sache herum, wagt aber keine ausdrückliche Mißbilligung der Kownoer Regierung über die Vorgänge auszusprechen. Der französische Oberkommissar in Memel hat gar keinen Grund, gegen die etwaige Verwendung deutscher Truppen im Memelgebiet zu protestieren. Denn es ist Sache der alliierten Mächte, die Rechte dieses Gebietes zu schützen und seine Unverletzlichkeit zu wahren. Litauen will offenbar die Entscheidung der Entente nicht abwarten. Es nimmt sich die Gawaltpolitik Frankreichs als Muster und will die Entente, wie Polen mit Wilna, vor eine vollendete Tatsache stellen. Deutschland aber wird sich mit keiner Lösung einverstanden erklären können, die das weitaus überwiegend deutsche Memelland nicht an Deutschland zurückgibt. Pflicht der Ententemächte ist es, die litauischen Räuber schleunigst in ihre Grenzen zurückzuweisen, wenn nicht der Ueberfall auf Memel das Vorspiel zu vielleicht noch Schlimmerem werden soll.

Cuno über den Friedenspakt.

Berlin, 11. Jan. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages versammelte sich gestern um 5 Uhr nachmittags zu der angekündigten Sitzung, um die Mitteilung des Reichskanzlers entgegenzunehmen. Sämtliche dem Ausschuß angehörenden Abgeordnete waren erschienen, ebenso sämtliche Mitglieder der Reichsregierung. Der Beginn der Sitzung verzögerte sich, da Reichskanzler und Außenminister mit der genauen Prüfung der ihnen kurz vorher überreichten französischen und belgischen Note beschäftigt waren. Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden Dr. Stresemann nach der Erscheinung des Reichskanzlers kurz nach ½6 Uhr eröffnet. Unmittelbar darauf nahm der Reichskanzler zu folgenden Ausführungen das Wort.

Im Eingang seiner Erklärungen verwies der Kanzler auf den großen Ernst der Zeit, die nunmehr das deutsche Volk zu durchleben gezwungen wäre, nachdem die Pariser Konferenz erfolglos ausgegangen sei und nachdem wiederum deutschen Gebieten der Einmarsch französischer Truppen drohe. Der Kanzler gab dann einen kurzen Rückblick über das, was die Regierung seit ihrem Amtsantritt unternommen habe. Aufbauend auf der Novembernote sei sie bestrebt gewesen, sich aktiv an der Lösung des Reparationsproblems zu beteiligen. Dieser Weg sei gegangen worden, weil es sich um Deutschlands Schicksal handele, über das von der anderen Seite entschieden werden sollte, und zugleich, weil die Regierung glaubte, daß das Problem nur in gegenseitiger offener Aussprache lösbar sei.

Darum sei versucht worden, obwohl Deutschland nicht eingeladen war, auf den Konferenzen in London und Paris mit Vorschlägen nicht zu fehlen. Diese hätten sich innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands gehalten, weil ihm dazu der Vertrag von Versailles ein Recht gebe. Alles sei geschehen, um zu einer solchen Aussprache auch mit Frankreich zu kommen. Wir hätten Herrn Poincare wiederholt wissen lassen, daß wir zu unmittelbaren Verhandlungen, insbesondere auf dem Gebiete unserer Industrie die Hand böten. Poincare habe diese Verhandlungen nicht zugelassen. Daneben hätten wir uns zugleich an die Konferenz in London gewandt. Dabei sei man sich klar gewesen, daß dieser Weg in doppelter Beziehung der unmittelbaren Ergänzung bedürfte.

Die Londoner Vorschläge seien eine Art Vorlösung gewesen, obgleich man sich klar gewesen wäre, daß nur eine endgültige Lösung eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage darstellen werde. Ferner sei die Regierung sich klar gewesen, daß die Londoner Vorschläge dahin ergänzt werden müßten, daß insbesondere

die deutsche Wirtschaft,

die Industrie, Handel, Banken und Landwirtschaft, die vom Ausland immer noch als Träger des deutschen Reichtums angesprochen würden, die Vorschläge in ihrer Ausführung gewährleisten müßten. Daran sei in ununterbrochener Arbeit, in engster Fühlung mit den wirtschaftlichen Kreisen gearbeitet worden. Daneben sei der Versuch, mit Frankreich in unmittelbare wirtschaftliche Verhandlungen zu kommen, fortgesetzt worden. Auch das sei ohne Erfolg geblieben.

Der Grundgedanke der Vorschläge für Paris entspringe der Erkenntnis, daß Frankreich zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage unmittelbarer Zahlungen bedürfe und auf Zusammenarbeit der beiderseitigen industriellen Kräfte Wert lege. Was die erste Frage betreffe, so sei angesichts der von dem Bankenkomitee im vorigen Jahre ausgesprochenen Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches das einzige Aktivum, das wir haben, unser Kredit und der sei äußerst gering, solange die Lasten des Vertrages von Versailles unbegrenzt auf dem deutschen Volke drückten. Damit sei zugleich der einzige zuverlässige Wertmesser für unsere Leistungsfähigkeit gegeben. Der deutsche Kredit hätte also nur bei einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage angespannt werden können.

Wir hätten angeboten, daß eine feste Summe als Anleihe aufgelegt werde, die, auch wenn sie als solche nicht realisierbar wäre, der Entente gegenüber als Anleihe verzinst und amortisiert werden sollte. Es sei weiter ein doppelter Besserungsschein hinzugefügt worden, wonach wir in bestimmten Zeiträumen weitere Anleihen aufzulegen bereit gewesen wären, die ebenfalls der Reparation zugut kommen sollten. Die Anleihen sollten durch Garantien unserer Wirtschaft sichergestellt werden. Ueber die Art der Sicherung mit dem Anleihekonsortium zu verhandeln, sei die deutsche Industrie bereit gewesen. Außerdem sollte eine Verständigung mit den fremden Industrien zu gemeinsamer Kooperation erfolgen.

Der Reichskanzler legte dann näher dar, weshalb man diese Pläne nicht durch eine Note der Konferenz in Paris übermittelt habe. Wir hätten dabei nicht, wie es in den Zeitungen vielfach geheißen habe, einen bestimmten Vertreter zum Vortrage dieser Pläne benannt, vielmehr hätten wir uns bereit erklärt, auf Anforderung den Plan schriftlich vorlegen und mündlich erläutern zu lassen. Eine Antwort darauf sei nicht erfolgt. Leider sei auch kein anderer Vorschlag aus der Pariser Konferenz hervorgegangen, auch nicht der englische, den die Franzosen nicht so sehr abgelehnt hätten, weil sein finanzielles Ergebnis ihnen nicht genügte, als vielmehr deshalb, weil offensichtlich eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich über die Methode des Vorgehens in der Reparationsfrage bestand, England wollte die Reparationsfrage mit wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln lösen, während Frankreich bestrebt war, seine politischen und wirtschaftlichen Ziele zu verwirklichen, was ihm wertvoller sei als jede wirtschaftliche Lösung. Damit sei die Tendenz der Politik Poincares vor aller Augen klargestellt, und die letzten Zweifel daran seien

Ueber die Bedeutung der Haupt- oder Oberhöfe

(Schluß). in älterer Zeit.*)

Von B. Marell.

Die Bauerrichter (Schulzen) erscheinen hier als die Vertreter der Bauerschaften. Sie waren aber auch verpflichtet, den Gaugrafen in der Verwaltung des weiten Gerichtsbezirkes zu unterstützen; deshalb werden sie vorhin auch „Schulteten des Gogreven" genannt. Wenn die Zeit des gemeinen „Gaudings" (= Gerichtstag) nahe war, entsandte der Bauerrichter seinen „Botheuer", den Bauernboten, welcher in der „Buerscap" von Haus zu Haus eilte, durch die Tür hineinrief: „Wiäge biättern, Rüens knüppeln, up de Dingbänke kummen!" und eilenden Fußes weiterging. Der Bauerrichter führte sodann seine „Buer" zur Dingstatt. Wurde aber das gemeine Land zur Abwehr von Feinden oder zur Verfolgung von Räubern und Verbrechern aufgerufen, so berief den Bauerrichter die fähige Mannschaft seiner „Buer" und führte sie heran.

Die Hofesschulzen oder Bauerrichter hatten auch die Revision der Maße und Gewichte vorzunehmen resp. zu überwachen. „Weil bishero eine merkliche Versäumniß und mangell bei inspection der maaß und gewichte (so von unserm Hof Eickenscheidt dependiret) gespüret worden, Sollen vorgemelte Bürgermeister, so oft es nötig, den Schulten zu Eickenscheidt solche inspection verrichten zu helfen requiriren, und im Fall Er uff solche requisition derselben alsdann nicht beiwohnen wollen oder können, solche inspection vor ihr Haupt zu verrichten berechtigt sein." (Privilegium der Fürstin Maria Clara von Essen v. Jahre 1626.) Bei Streitigkeiten in der Erbfolge, bei Abfindungen der Geschwister, bei Grenzstreitigkeiten und in ähnlichen Fällen wurde das Hofgericht angerufen. Die sämtlichen Hofesgeschworenen mußten an den Gerichtstagen persönlich anwesend sein. Wenn einer ohne triftigen Grund fehlte, wurde ihm eine Geldbuße auferlegt. Trat ein Neugewählter als Geschworener ein, so hatte er dem Hofrichter den Eid der Treue zu leisten.

Der Hofrichter wird auch oft als Holz- oder Markenrichter bezeichnet. Seine Bauerschaft war nämlich nie ganz als Ackerland und Weide aufgeteilt. Jede Bauerngemeinschaft hatte sich ein größeres oder kleineres Stück Land vorbehalten, welches gemeinsames Eigentum war und „Mark" genannt wurde. Die sämtlichen freien Eingesessenen waren daran mit einem bestimmten Anteil berechtigt; sie bildeten die Markgenossenschaft. Für jeden einzelnen Markgenossen war es genau festgelegt, wieviel Vieh (Pferde, Rinder, Schafe) er in der Mark weiden durfte, wie viele Schweine er zur Eichelmast treiben, wieviel Holz er darin hauen, ein wie große Fläche Plaggen oder Streu er darin mähen durfte, wie viele Pflanzen er an abgeholzter Fläche neu zu setzen hatte und wie der Nutzungen und Pflichten noch mehr hießen. Zur Regelung dieser Verhältnisse, besonders zur Schlichtung von Streitigkeiten, war der Markenrichter eingesetzt, mit dem Hof- oder Bauerrichter (Schulzen) oft eine und dieselbe Person. Das Markengericht wurde auf freiem Feld meist unter einer mächtigen Linde abgehalten und hieß „Holting" oder „Hölting".

In diesen, das ganze Mittelalter bis in die neuere Zeit hindurch andauernden Verhältnissen trat erst mit der napoleonischen Zeit eine durchgreifende Veränderung ein. Durch ein Dekret vom Jahre 1809 bestimmte Napoleon kurzer Hand: „Der Bauer ist ein freier Herr auf eigener Scholle." Wenn das Gesetz wegen der nachfolgenden Niederlage Napoleons auch nicht ganz so ausgeführt wurde, wie es geplant war, so war doch der Anfang geschaffen zu einer verbesserten Lage des Bauernstandes. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurden auch die gemeinsamen Markengründe unter die einzelnen Markgenossen aufgeteilt.

(Aus der Zeitschrift „Heimatblätter der Roten Erde

*) Vergl. Nr. 7, 8, 9 der Herforder Zeitung für Stadt und Land.

wohl für jeden geschwunden, seitdem Poincare den Friedenspakt mit den am Rhein interessierten Mächten abgelehnt habe.

Der Friedenspakt.

Der Reichskanzler betonte, daß wir diesen Friedenspakt aufrichtig und ernst gemeint hatten, und daß in der Abstellung der Kriegserklärung auf die Volksabstimmung —, die sicherste Friedensgarantie für alle Zeiten gegeben war. Der Reichskanzler schilderte kurz die Verhandlungen über diesen Vorschlag und kam zu dem Ergebnis, daß Deutschland materiell und politisch getan habe, was in seiner Kraft stand, und was mit seiner Verantwortung für die weitere Existenz unseres Volkes und für die Abwehr der schrecklichen Ereignisse, die kommen würden, vereinbar sei. Wir hätten materiell Angebote bis zur äußersten Grenze unserer Leistungsfähigkeit gemacht, wir hätten uns zu Garantien bereit erklärt und wir hätten endlich das letzte getan, was ein Volk tun konnte, indem wir den Plan einer Revanche zerstörten. So wies der Kanzler nach, daß mit Frankreich nicht zu einer Lösung des Reparationsproblems zu kommen sei.

Was Frankreich wolle, bestätigen die Nachrichten über die Truppenbewegungen, die uns die letzten Tage gebracht hätten. Diese seien in Szene gesetzt worden, nicht einmal in äußerlicher Verbindung mit der großen Reparationsfrage, sondern mit den Holz- und Kohlenlieferungen. Diese beruhten auf besonderen Verabredungen, die selbst im Falle der Verletzung keinerlei militärische oder sonstige Sanktionen vorsähen. Eingehend legte der Reichskanzler die Rechtslage dar und kam zu dem Schluß, daß Frankreich und Belgien den Vertrag von Versailles offenkundig gebrochen hätten. Das müsse zu um so ernsteren Konflikten führen, als uns die französische Aktion gerade das Gebiet aus den Händen nehme, aus dem heraus diese Leistungen bisher geschehen seien. Aktive Gegenwehr sei dem deutschen Volke nicht möglich, allein aber es dürfte sich auch nicht willenlos dem Rechtsbruche beugen. Der Botschafter Mayer werde angewiesen werden, Paris zu verlassen und hierher zu kommen. Das Botschaftspersonal werde dort bleiben. Die Reparationsleistungen würden den vertragsbrüchigen Ländern gegenüber eingestellt werden, denn, wie in der Hamburger Rede ausgeführt, habe die Pfandnahme notwendig den Tod der Reparationen zur Folge, schon weil mit der Besetzung des Ruhrgebietes, der stärksten Quelle der deutschen Wirtschaftskraft, unsere Leistungsfähigkeit völlig zusammenbrechen müsse. Die Beamten im besetzten Gebiet würden mit Rücksicht auf die Bevölkerung und auf die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte dort belassen werden. Was weiter zu geschehen habe, hänge von dem ab, was von der anderen Seite noch erfolgen werde.

Einheit und Würde.

Entscheidend sei für uns alle die Haltung des Volkes in Einheit und Würde, auch während der bevorstehenden Leidenszeit. Im Inneren müßten wir allen Wirtschaftsgefahren entgegentreten, die aus der Wegnahme des Herzens unserer Wirtschaft entstehen könnten. Es gelte jetzt, jede unnötige Teuerung abzuwenden, die insbesondere sich aus der wahnsinnigen sprunghaften Steigerung der fremden Währungen ergeben werde. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die dem entgegenständen, habe die Regierung Bemühungen hierzu eingeleitet. Verhandlungen darüber mit den wirtschaftlichen Kreisen seien im Gange und würden in den nächsten Tagen nach der Seite der Gewerkschaften hin weitergeführt werden. Das deutsche Volk müsse sich in allen Schichten, auch in denen, die bisher die Not nicht empfunden hätten, zu einfacher Lebenshaltung bekennen. Zu Beratungen über diese Frage und die gesamte Lage seien die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder für Freitag nach Berlin gebeten.

Aller Erfolg unserer Bemühungen gegenüber dem Vertragsbruch hinge davon ab, ob wir die Kraft aufbrächten, wirklich durchzuhalten, alle zusammenzustehen, Volk wie Staat, Wirtschaftskräfte wie politische Parteien. Das solle auch zum äußeren Ausdruck gebracht werden durch einen vom Reichskanzler gegengezeichneten Aufruf des Reichspräsidenten, der dazu mahne, den nächsten Sonntag zu einem Tag der Einkehr und der ernsten Würdigung der Not des Vaterlandes zu gestalten. Die Regierung werde nicht ruhen, bis sie den Weg gefunden habe, durch Festhalten an der bisherigen Aktivität die Lage zu entwirren.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. von Rosenberg, erstattete Bericht über den Schritt des französischen Botschafters und des belgischen Geschäftsträgers, der gestern nachmittag im Auswärtigen Amt erfolgt sei. Er gab den Inhalt der ihm gemachten mündlichen und schriftlichen Mitteilungen bekannt und erklärte, daß er sofort gegen die angekündigte vertrags- und völkerrechtswidrige Aktion Protest erhoben habe. Nach kurzer Aussprache, an der die Abgeordneten Müller-Franken, Graf Bernstorff, Dr. Helfferich, Dr. Stresemann, Dr. Spahn, Koenen und Emminger teilnahmen, wurde mitgeteilt, daß das Plenum des Reichstages voraussichtlich auf Sonnabend nachmittag einberufen werden solle.

Herford und Minden-Ravensberg

Neue, kühne, begeisternde Ideen erzeugt nur ein heller Kopf, der über einem glühenden Herzen steht.

Fr. Jacobs.

12. Jan.

Die Eisenbahn verdoppelt.

Vom 1. Februar ab.

Schon wieder beschert die Eisenbahnverwaltung der Bevölkerung eine neue Erhöhung der Personentarife. Nach einem Beschluß des ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates, der vorgestern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stieler zusammentrat, wurde mit allen gegen zwei Stimmen die Notwendigkeit der Erhöhung der Personentarife zum 1. Februar dieses Jahres um 100 v. H. anerkannt. Der Eisenbahnminister hat dem Beschluß des Ausschusses bereits seine Zustimmung gegeben, so daß er nunmehr rechtskräftig geworden ist.

Staatssekretär Stieler, der besonders für die Erhöhung eingetreten ist, erklärt auf Anfrage, daß die neue 100prozentige Heraufsetzung der Preise nur minimal sei im Vergleich zu der Geldentwertung und der ungeheuerlichen Steigerung der Materialpreise, die gerade bei der Eisenbahn sich immer unangenehmer bemerkbar macht. Im übrigen sei augenblicklich das Verhältnis der Personentarife zu den Gütertarifen 1 : 18, während es im Frieden 1 : 2, manchmal 1 : 3 gewesen sei. Die Eisenbahnverwaltung habe keine Ursache, die Güterpreise in die Höhe zu schrauben und die Personentarife künstlich niedrig zu halten. Durch die neue Erhöhung im Februar sei wenigstens ein gewisser Ausgleich zwischen Personen- und Gütertarif erreicht.

In der Sitzung beschäftigte man sich ferner mit der Tarifpolitik der Reichsbahn, den Aenderungen im Schema und der neuen Gütereinteilung, und der Ausschuß billigte unbeschadet der besonderen Wünsche einzelner Wirtschaftsgruppen einstimmig die Politik der Reichsbahn, die zum Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen eine möglichst schnelle Anpassung der Tarife an die fortschreitende Geldentwertung fordert. Hierbei sollen die wirtschaftlichen Interessen nach Möglichkeit durch größere Spezialisierung des Tarifs berücksichtigt werden. Hand in Hand hiermit sollen Ersparnisse auf der Ausgabenseite durch Verringerung der persönlichen und der sachlichen Ausgaben sowie durch die Hebung der Arbeitsintensität gehen.

---

h. **Deutscher Ostbund (Vereinigung ostmärkischer Flüchtlinge) Ortsgruppe Herford und Umgegend.** Man schreibt uns: Am vergangenen Sonnabend fand in Herford die aus allen Teilen des Stadt- und Landkreises Herford, sowie aus Lippe sehr gut besuchte Hauptversammlung statt. Aus der umfangreichen Tagesordnung ist besonders hervorzuheben die Besprechung des Verdrängungsschädengesetzes und dessen Abänderung (Verlängerung der Frist zur Anmeldung dieser Schäden bis 31. März 1923, Verlängerung der Frist für Liquidationsklagen bis 31. Dezember 1923). Der Monatsbeitrag ist auf 30 ℳ festgesetzt worden. Der Vorstand setzt sich zusammen aus dem Oberstadtsekretär Hartmann-Herford als 1. Vorsitzender, dem Landwirt Wilhelm Meier-Lenzinghausen 2. Vorsitzender, Justizobersekretär Maydorn-Herford als Schrift- und Kassenführer, Landwirt Dreckmeier-Falkendiek und Frau Lokomotivführer Böhm-Herford als Beisitzer. Der 1. Vorsitzende wurde beauftragt, sich von Zeit zu Zeit bei der Vorprüfungsstelle Hannover nach dem Stande der eingereichten Schadenanträge zu erkundigen. Die Herren Maydorn und Hartmann nehmen jederzeit Neuanmeldungen entgegen.

sh. **Für die Trockenlegung.** Uns wird geschrieben: Mit großem Fleiß hat die erst hier kürzlich gebildete Vereinigung gegen den Alkoholismus einen Arbeitsplan für die Wintermonate zusammengestellt, dessen Endziel in einer Probeabstimmung für Herford bestehen soll. Als nächste dem Zwecke der Aufklärung und Unterhaltung dienende Veranstaltung ist ein großangelegter Unterhaltungsabend im Stadttheater für Sonnabend, den 18. Januar, vorgesehen. An dieser Veranstaltung ist am bemerkenswertesten, daß die einzelnen Darbietungen des Programmes in der Hauptsache von Abstinenten übernommen werden. Neben Vorträgen des Gut-Templer-Gesangvereins wird die Bielefelder „Wehrloge Kampf" die Zuschauer mit rhythmischen Tanzaufführungen erfreuen. Für die gesamte Veranstaltung soll gewissermaßen das Motto leitend sein: „Humor und Unterhaltung ohne Alkohol!" Die Alkoholgegner wollen zeigen, daß sie alles weniger als Mucker sind und daß auch sie den Frohsinn nicht verschmähen. Für das leibliche Wohl ist insofern gesorgt, daß von Damen des Ausschusses Kaffee verabreicht wird, auch Gebäck ist zu kaufen.

hz. **Marderpreise.** Der Produktenhändler Wilh. Hilmert in der Johannisstraße erwarb von dem Landwirt Langenberg in Ostkilven einen Steinmarder, den dieser in der Falle gefangen hatte und zahlte dafür 105 000 ℳ.

hz. **Allerlei unrechtes Gut.** Vom Kellerschacht eines Hauses in der Höckerstraße wurde eine zwei Meter lange, ½ Meter breite Eisenroste gestohlen. — Wegen unerlaubter Ausübung der Schankkonzession wurde eine Ehefrau angezeigt, desgleichen ein Mann, der überdies in seinen Räumen Glücksspiele duldete. — Als Dieb von Zinn und Gußeisen aus einer Bielefelder Fabrik wurde ein Lehrling ermittelt. — Ein Monteur ließ sich Schamverletzung zuschulden kommen. — Von der Bleiche im Kleinen Felde wurden drei Herrennormalhemden, drei Mädchenhemder und ein Frauenbeinkleid gestohlen.

Bielefeld. In diesen Tagen wurden Diebstähle in erheblichem Umfang beim Bahnpostamt (Postamt II) aufgedeckt. Als Urheber der Diebstähle kommen zwei Postschaffner in Betracht, die Zugang zu dem Paketraum hatten. Um eine Aufdeckung der Diebstähle nach Möglichkeit zu erschweren, nahmen die diebischen Beamten lt. Westf. Ztg. lediglich Durchgangspakete (also keine Pakete an Bielefelder Firmen) an sich. Der größte Teil der Diebesbeute — es handelt sich um Textilien im Werte von mehreren Millionen Mark — wurde durch die Haussuchungen wieder herbeigeschafft. Die Täter befinden sich in Haft.

Flugzeuge im Dienste der Insektenbekämpfung.

Zu den verschiedenartigsten Verwendungsmöglichkeiten des Flugzeuges kommt neuerdings eine weitere hinzu: Die Amerikaner versuchen das Flugzeug in den Dienst der Insektenbekämpfung zu stellen, und zwar wollen sie den Baumwollwurm vom Flugzeug aus bekämpfen. Das wirksamste Gift gegen diesen gefährlichen Schädling ist das Calciumarsenat; man wußte bisher jedoch nicht recht, wie man es wirksam verbreiten sollte. Verschiedene Methoden wurden ausprobiert; die beschwerlich und noch dazu bei Nacht anzuwenden waren, weil man die Feuchtigkeit des Taues dabei nicht entbehren konnte.

Nun stellt man das Flugzeug in den Dienst der Wurmvernichtung. Die Versuche sind mit dem Armeemodell 1917 gemacht worden. Das fein vermahlene Calciumarsenat wird

---

Der vierte Mann.

31) Roman von Sven Elvestad.

„Das ist Ihr Auto", sagte Krag.

„Verstehen Sie sich auch auf solche Dinge?" fragte der Finne lachend.

„Autos sind meine Spezialität", sagte Krag. „Ich kann an jeder Hupe hören, welche Firma es ist. Sie haben eine Excelsiormaschine."

Suron lachte laut auf.

„Das muß ich sagen, heute abend in Bluffen Trumpf", erwiderte er. „Vor zwei Tagen erst habe ich mir eine andere Hupe gekauft."

Krag machte eine bedauernde Handbewegung.

„Dann muß ich zugeben", sagte er, „daß ich Ihr Auto schon kannte. Ich habe es bereits gesehen."

„Wann?"

„Heute."

„Heute? Wann denn?"

„Um drei Uhr."

Ein Telegramm von „Jos".

„Um drei Uhr!"

Diese drei Worte hatte Krag mit berechnender Plötzlichkeit hervorgestoßen. In solchen Ueberraschungen war er Meister. Seine Stimme hatte keinen ungewöhnlichen Klang gehabt, und dennoch blieben die Worte noch eine ganze Weile wie ein zweischneidiges Schwert in der Luft stehen. Sie bekamen einen seltsamen Doppelklang, der weder durch die Worte an sich noch durch ihren Sinn hervorgerufen wurde, aber die Art, wie er sie aussprach, machte, daß derjenige, an den sie gerichtet waren, plötzlich aufhorchte, nachdenklich und verwirrt. Es gehörte eine ungewöhnliche Geistesgegenwart dazu, um sich bei solch plötzlichem, unerwartetem Geschoß nicht zu verraten. Und in den Augenblicken, die folgten, beobachtete Krag das Mienenspiel und den Seelenzustand des Angegriffenen aufs schärfste.

Auch in diesem Fall entstand eine Pause zwischen Krags Worten und Surons Antwort, die Krag dazu benutzte, um den Gesichtsausdruck des Finnen mit gespannter Aufmerksamkeit zu studieren. Er verriet ein gewisses Erstaunen, und Krag wollte jede Wette eingehen, daß Suron seine Antwort wohl überlegte.

„Um drei Uhr", murmelte er, „um drei Uhr, lassen Sie mal sehen. Nein, das kann nicht stimmen. Um drei Uhr war ich zu einer Konferenz in der Börse."

„Na, vielleicht war es etwas später", gab Krag lächelnd zu.

Es war nicht Krags Absicht, den Angegriffenen jetzt noch mehr zu beunruhigen. Darum wich er aus.

„Sie haben mich also in meinem Auto gesehen? Vielleicht haben Sie auch meine neue Hupe gehört?"

„Freilich. Eine prächtige Hupe. Ihr Klang geht einem durch Mark und Bein."

„Mit anderen Worten", fuhr Suron fort, „wenn Sie die Hupe hören, dann wissen Sie, daß es mein Auto ist. Es ist keine vage Vermutung?"

„Nein, ich weiß es."

Der Finne lachte.

„Das nenne ich Scharfsinn", sagte er.

In diesem Augenblick wurde Krag von anderer Seite angerufen und verließ darum Suron und Reismann. In einem Wandspiegel aber konnte er verfolgen, wie uninteressiert der Finne Reismann zuhörte und wie sein Blick ihm die ganze Zeit mit eigentümlicher Wachsamkeit folgte.

Der Spielinspektor hatte Krag gerufen.

„Ich habe meine Bedenken wegen des Spieles", sagte der Inspektor, indem er Krag an einen Tisch zog, wo sie ungestört sitzen konnten, „und ich habe Ihnen angemerkt, daß auch Sie welche haben."

„Sie meinen, weil das Spiel so ungewöhnlich hoch war?"

„Es war ungewöhnlich hoch. Aber das ist es nicht, denn unsere Gesellschaft ist ja privat. Nein, Reismann gefällt mir nicht. Sonst pflegt er immer ganz gleichmütig zu sein, ob er gewinnt oder verliert. Heute abend aber behauptet er, daß die Karten, die wir versiegelt hatten, vier Asse waren. Was halten Sie davon?"

„Ich meine, daß Reismann entweder total verrückt sein muß, oder er die vier Asse gehabt hat. Und in letzterem Fall hätte er die Partie gegen Stenesens vier Könige gewonnen. Total verrückt aber ist Reismann nicht. Da haben Sie meine Meinung über die Sache."

„Aber das ist ja entsetzlich. Was will er denn machen?"

„Nichts. Er trägt seinen Verlust, mehr kann man nicht von ihm verlangen. Ich weiß übrigens, daß es einen Augenblick gab, wo er schwankte. Fast hätte er protestiert und Betrug! gerufen. Es spricht für seine Geistesgegenwart, daß er den Verlust vorzog und auf einen Krach verzichtete. Er nahm die versiegelten Karten als eine Tatsache, daß hier eine — Unregelmäßigkeit vorliegt, so wollen wir es bis auf weiteres nennen."

Der Inspektor sank ganz gebrochen in sich zusammen.

„Haben die Karten während der ganzen Zeit im Geldschrank gelegen?" fragte Krag.

„Ja, und außer mir hat niemand die Schlüssel dazu."

„Schlüssel zu einem altmodischen Geldschrank nachzumachen, ist keine große Kunst", bemerkte Krag.

„Aber die Siegel! Ich habe die Karten doch selbst versiegelt, und die Siegel waren intakt."

Krag zuckte die Achseln. (Fortsetzung folgt.)

in Behälter gebracht, die mit einer kleinen Oeffnung unter der Tragfläche enden. Dort wird das Pulver von dem mächtigen Luftstrom des Propellers erfaßt und in fächerförmiger Wolke nach hinten getrieben. Die Versuche fanden in Gegenwart von Fachleuten bei Scott in Mississippi Anfang September 1922 statt und sollen günstige Ergebnisse geliefert haben. Sie wurden auf den Feldern der Delta and Pine Land Co., eines englischen Syndikates, von einem Heeresflugzeug ausgeführt. Es zeigte sich, daß die Kosten recht gering sind und daß die Methode an sich gut ist, nur ist das Flugzeug in gewisser Weise verbesserungsbedürftig; denn der gebräuchliche Motorflieger erscheint hier wenig geeignet, weil die doch überall vorhandenen Bäume ihn in seiner großen Geschwindigkeit gefährden und andauernd zum Aufsteigen zwingen. Der Apparat muß aber immer möglichst niedrig, direkt über den Pflanzen fliegen, um den Giftstoff gut zu verbreiten. Die Amerikaner erhoffen zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten einen neuen Flugzeugtyp, vielleicht eine Kombination von Gleit- und Motorflieger. Mit einem solchen Apparat wäre vielleicht mehr zu erreichen. Da er, wie seine Bauart auch sein möge, auf jeden Fall große Strecken bewältigen wird, müßten sich die Baumwollbauer einer Gegend zur Miete eines Apparates zusammenschließen; man darf jedenfalls gespannt darauf sein, wie die Amerikaner, die in der Schädlingsbekämpfung an der Spitze marschieren, diese neue Methode weiter ausbauen werden und ob sie den Erwartungen entspricht.

Wie sie uns aussaugen.

Ist es schon Tollheit, hat es doch Methode.

Die unerträglichen Lasten der Rheinlandbesatzung.

Die Rheinlandbesatzung beträgt zur Zeit 140 000 Köpfe, ist also rund doppelt so groß, wie die Gesamtstärke der vor dem Kriege im Rheinland befindlichen deutschen Garnisonen (70 000 Köpfe).

Die „Rheinlandkommission" soll vertragsgemäß aus 4 Mitgliedern bestehen, umfaßt aber tatsächlich rund 1300 Köpfe.

Die Gesamtausgaben für die Rheinlandbesatzung und die Rheinlandkommission können bis Ende 1922 auf 4½ Milliarden Goldmark beziffert werden. Deutschland muß also allein an Besatzungskosten für die ersten 4 Jahre der Rheinlandbesetzung eine Summe aufbringen, welche die ganze Kriegsentschädigung, die Frankreich nach 1870/71 an Deutschland zu zahlen hatte, schon jetzt weit übertrifft.

Die Reparationskommission allein erfordert im Jahr einen Aufwand von 36 Milliarden Papiermark, d. h. genau die Hälfte desjenigen Betrages, den Deutschland für die Besoldung sämtlicher Reichsbeamten, mit Ausnahme der Eisenbahn- und Postbeamten, nach dem Stande von Ende November 1922 jährlich aufwendet.

Die Reparationskommission allein erfordert im Jahr 1922, ohne die Heimatgehälter, einen Betrag von 300 Millionen Mark monatlich oder, auf das Jahr umgerechnet, 3,6 Milliarden Mark. Eine Summe also, die etwa gleich groß ist wie der Gesamtbetrag, der im Reichshaushalt für die Gewährung von Kriegsbeschädigtenrenten an rund 1,6 Millionen erwerbsbeschränkte deutsche Kriegsbeschädigte im Rechnungsjahr 1922 vorgesehen ist.

Ein einfacher Soldat der Rheinlandbesatzung erhielt nach dem Stande vom Oktober 1922 allein an „Deutschlandzulagen" neben seiner Heimatlöhnung und neben freier Unterkunft monatlich einen Betrag von rund 140 000 M, das ist mehr als das damalige gesamte Monatsgehalt eines deutschen Generals oder Staatssekretärs und annähernd ebensoviel wie das Oktobergehalt eines deutschen Reichsministers.

Ein englischer Generalpräsident einer der interalliierten Kommissionen bezieht einschl. seines Heimatgehalts den Betrag von 78 607 000 M, wozu noch die sehr erheblichen Kosten für die Unterkunft kommen. Ein einfacher englischer Soldat erhält, ohne die Unterkunftkosten jährlich 5 022 000 Mark in bar.

Der deutsche Reichskanzler bezieht nach dem Stande vom Dezember 1922, ohne die Aufwandsentschädigung, ein Diensteinkommen von 2 230 000 M, also noch nicht 5 v. H. des gesamten Diensteinkommens, das ein englischer Generalpräsident in Deutschland bezieht.

Ein deutscher Reichsminister bezieht alles in allem einschließl. seiner Aufwandsentschädigung ein Nettodiensteinkommen, das noch nicht drei Fünftel des Diensteinkommens eines einfachen englischen Soldaten oder Schreibers der Kontrollkommissionen erreicht.

Der Dollar 10450.

Berlin, 11. Jan. Am Devisenmarkt herrschte heute große Unsicherheit. Die vielen ungelösten außerpolitischen Fragen riefen eine allgemeine Zurückhaltung hervor, so daß der Dollar keine wesentlichen Veränderungen erfuhr. In den Vormittagsstunden wurde er mit etwa 10 500 in kleinen Beträgen umgesetzt. An der Börse schwächte er sich dann auf 10 300 ab, da kein größerer industrieller Bedarf vorlag und auch der Markt nur geringe Aufnahmefähigkeit zeigte. Während der amtlichen Kursfeststellung gingen die Kurse wieder leicht in die Höhe, da sich stärkere Materialknappheit fühlbar machte. Infolgedessen wurden bei den Devisen Amsterdam und Newyork stärkere Repartierungen vorgenommen. Newyork stellte sich auf 10 450 bei 75proz. Zuteilung.

Im weiteren Verlauf wurden Dollarnoten mit 10 450 bis 10 500 gehandelt. Die übrigen ausländischen Zahlungsmittel standen mit der Dollarbewegung im Einklang. Polennoten hörte man mit 49.

Wirtschaftsleben

Devisenkurse.

Telegraphische Auszahlungen:		11 Januar Geld	11 Januar Brief	10 Januar Geld	10 Januar Brief
Amsterdam-Rotterdam	1 Fl.	4119,67	4140,33	4089,75	4110,25
Brüssel-Antwerpen	1 Frcs.	655 65	659,15	638,40	641 50
Christiania	1 Kr.	1935,15	1944,85	1895,25	1904,75
Kopenhagen	1 Kr.	2099 73	2110,27	2054,85	2069,75
Stockholm	1 Kr.	2788 00	2802,00	2743,12	2756,88
Helsingfors	1 finnische Mk.	256,35	257,65	256 35	257,65
Italien	1 Lire	521,19	523,61	498,75	501,25
London	1 Pfd. Sterl.	48378 55	4 621,25	4797 75	48220,25
Newyork	1 Dollar	10423 87	10476,13	10284 35	10285 65
Paris	1 Frcs.	705 70	719,30	702,24	705,75
Schweiz	1 Frcs.	19 0,06	1979,94	1955,10	1964,90
Spanien	1 Pes.	1635,90	1644,10	1615, 5	1624,05
Wien (Deutsch-Oestr. abgest.)		14,88	14,96	14,91	14 99
Prag	1 Kr.	29 ,25	297,75	297,75	299,25
Budapest	1 Kr.	3,87	3,99	3 89	3,91
Buenos Aires	1 Pes.	3890,25	3909,75	3855 33	3874,67
Bulgarien	1 Lewa	65,83	68,17	63,84	64,15
Japan	1 Yen	5012,48	5037,52	4987 50	5012 50
Rio	1 Milreis	1147,12	1152,88	1152,15	1137,84

Berliner Produktenbörse.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 11. Januar.

Produkte	50 Kilogr. in Mark	Produkte	50 Kilogr. in Mark
Weizen, märk.	19200—19600	Viktoria-Erbsen	38000—44000
„ pomm.	18600—19200	Kl. Speise-	28000—29000
„ schles.	—	Futtererbsen	18000
Roggen, märk.	18200—18400	Peluschken	29000—31000
„ ostpr.	—	Ackerbohnen	17000—18000
„ pomm.	—	Wicken	30000—32000
„ schles.	18100—18400	Lupinen, blaue	17500—18500
Gerste, märk.	15400—16200	„ gelbe	23000—26000
„ schles.	—	Seradella	38000—44000
Hafer, märk.	15800—15900	Rapskuchen	13000
„ pomm.	16000— 6400	Leinkuchen	—
Mais loko Berlin	19400	Trockenschnitzel	6700—7000
waggon fr. Hamburg	18700— 8800	Voll. Zucker-Schnitzel	9700—10000
Weizenmehl*)	50000—55 00	Kartoffelflocken	10000
Roggenmehl*)	47000—52000	Torimelasse-Mischg. 30/70	49000—5000
Weizenkleie**)	9600—9800		
Roggenkleie**)	9700—10000		
Raps**)	31000—32000		
Leinsaat**)	32000—34000		

*) 100 kg. **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) ab Station.

Aerztlichen Dienst für Notfälle
haben Sonnabend nachmittag und am Sonntag, den 14. Januar: Sanitätsrat Dr. Bentschel und Dr. Schmidt,

Verantwortlich für den Textteil: Franz Bierstedt; für die Anzeigen: Georg Bese; beide in Herford.

Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat weder der Bezieher noch der Inserent Anspruch auf Nachlieferung oder Entschädigung.

Beschwerden

über unregelmäßige und unpünktliche Zustellung unseres Blattes bitten wir sofort an unsere Geschäftsstelle: Rennstraße 29/31 (Fernspr. 83) zu richten.

Verlag der Herforder Zeitung für Stadt u. Land.

LICHTSPIELHAUS
WITTEKIND

Von Freitag bis Montag:
Ein Glanz-Programm!
I.
Der Tendenzfilm
Im Glutrausch der Sinne!
(Die Irrungen der Prinzessin Chimay).
Eine Pracht-Sitten-Studie in 6 Akten.
Schon der Untertitel „Die Irrungen der Prinzessin Chimay" verrät, dass es sich um die Liebesirrungen der stark exzentrisch veranlagt gewesenen Prinzessin mit dem Zigeuner- u. Geigenkünstler Rigo handelt, die derzeit so unendlich viel Staub in der gesamten Welt aufwirbelten.
In der Hauptrolle: Die rassige **Sascha Gura.**
Dazu der **Schlussteil** von
Seine Excellenz von Madagaskar.
II. Teil:
Bobby Stubbs, der Detektiv.
Eine tolle, abenteuerliche Liebesfahrt nach der schönen Insel Madagaskar in 5 grossartigen Akten.
In der Hauptrolle: **Eva May.**

Gebrüder Wehmeyer, Herford.
Bürstenwaren, Pinsel, Matten- u. Scheuertuch - Grosshandlung.
Fernruf 1029.

Hätte ich doch nur Javol

rechtzeitig benutzt! — so klagt jetzt mancher Kahlköpfige. Laß es nicht soweit kommen, sondern pflege Dein Haar regelmäßig mit
JAVOL
Kopfschuppen und Schinn werden beseitigt, das Haar wird und bleibt schön, duftig, seidenweich und gesund. In jeder Apotheke, Drogerie, Parfümerie und beim Friseur zu haben.


Stadttheater Herford.
Sonntag, den 14. Januar
Anfang 7 Uhr
La Traviata.
Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Besondere Preise.
Mittwoch, den 17. Januar
Anfang 7 Uhr
9. Abonnementsvorstellung
Maria Magdalena
Trauerspiel v. Fr. Hebbel
Schauspielpreise

Zum 1. April d. J. stelle ich für mein Kontor noch einen
Lehrling
ein.
H. Meyer,
Korb- und Rohrmöbelfabrik
Herford, Bismarckstr. 31.

Suche zu sofort
einen ganz zuverlässigen
Knecht
mit guten Zeugnissen.
Meyer zu Bexten
Diebrock bei Herford.

Hallo!
Zahle noch immer die bekannten hohen Preise für
Felle, Altmetalle, Eisen, Lumpen und sonstige Sachen.
Niemeyer,
Rennformauer 11.
Telefon 1074.

Erlen- u. Birken-Stammholz
vorzüglich zur Holzschuh-Fabrikation geeignet hat abzugeben
Franz Scholle,
Holzhandlung
Paderborn Telef. 662.

Achtung! Achtung!
Am Sonntag, den 14. Januar
feiert der
Touristen-Verein „Bergsteiger"
sein diesjähriges
Winter-Fest
im Lokal des Herrn Wilh. Spilker.
Div. Ueberraschungen. **Das Festkomitee.**

Nutzholz-Verkauf!
Am Donnerstag, den 18. Januar d. J., vormittags 10 Uhr beginnend, sollen in dem Stadtforst Lübbecke südlich des Hilgenstuhl's (oberhalb Berger)
etwa 170 Festmeter Fichten-Nutzholz 2—4. Klasse und 40 Nummern Fichtenderbstangen 2—7. Klasse
öffentlich meistbietend verkauft werden. — Käufer wollen sich zum genannten Termin an Ort und Stelle einfinden.
Lübbecke, den 8. Januar 1922
Der Magistrat. J. V.: Reineke

Nehme hiermit die beleidigenden Aeußerungen gegen Frau **Henriette Hierschorn** mit Bedauern zurück.
M. Labudda,
Bruchhausen.

2 Plätterinnen
auf sofort gesucht oder zur Aushilfe.
Plätterei Kuhnhenne
Stiftberg.

Ein- oder Zwei-Familienhaus zu kaufen gesucht. Angebote unter 9423 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Herren- **Hosen Hemden**
sowie Posten
Loden-Reste
vorrätig.
A. Hecht, Brüderstr. 1.


Bei Sonne, Kälte, Schnee und Regen Muss man die Schuh mit Pilo pflegen

Wir kaufen
Papier-Abfälle
aller Art:
alte Bücher zum Einstampfen,
Zeitschriften, Zeitungen usw.
Herforder Zeitung für Stadt u. Land